

Daniel Levin: «In der Politik scheint fachliche Kompetenz wenig gefragt zu sein»

Interview Der Politberater Daniel Levin ist Stiftungsratsmitglied der Liechtenstein Foundation for State Governance und verhilft Krisenstaaten zu einer gesunden Staatsführung. Mit dem «Volksblatt» spricht er über sein Buch, Donald Trump, den aufgeblähten UNO-Apparat und warum die europäische Flüchtlingspolitik einem unbelehrbaren Kettenraucher gleicht.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Die Lektüre Ihres Buches «Alles nur ein Zirkus - Fehlritte unter Mächtigen», ist ja sehr amüsant, allerdings bleibt einem irgendwie das Lachen über die absurden Situationen im Hals stecken, weil es sich um reale Begebenheiten handelt. Übersteigerte Egos, Ignoranz und Dampfplauderei scheinen in diesen Machtzirkeln an der Tagesordnung zu sein. Warum werden solche Leute nicht schon auf dem Weg nach oben entlarvt?

Daniel Levin: Das Muster, dass nicht immer die Fähigsten nach oben befördert werden, gibt es ja nicht nur in der Politik, das ist auch in anderen Bereichen stark verbreitet. Werfen wir doch einen Blick in die Tierwelt - nicht immer dominiert der intelligenteste Affe die Herde - sondern der stärkste, der lauteste oder der mit dem grössten Selbstbewusstsein und Charisma. Aber in der Politik scheint fachliche Kompetenz deutlich weniger gefragt zu sein als in anderen Gebieten. Politiker rotieren ja oft auch in andere Ämter, was bedeutet, dass einschlägige Erfahrung nicht der massgebende, qualifizierende Faktor ist. Den Mangel an Fachwissen und Erfahrung könnten sie nur mit überdurchschnittlicher Intelligenz oder Anpassungsfähigkeit wettmachen, aber das scheint eher selten der Fall zu sein. Ich glaube an das sogenannte Peter-Prinzip von Laurence Peter, dass in einer Hierarchie jeder Beschäftigte dazu neigt, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen, und auf der politischen Bühne scheint dies besonders zutreffend zu sein.

Das macht nicht gerade hoffnungsfroh.

Die Hoffnung muss man nicht über die Qualität der Personen suchen, sondern über die Qualität des Rechtsstaates und der staatlichen Institutionen. Trotz des Unterhaltungswertes zählt nicht der schrille, reisserische Politiker, sondern es geht vielmehr darum, wie stark die Institutionen und wie unabhängig die Gerichte sind und darum, ob das Parlament imstande ist, sinnvolle Gesetze zu erlassen. Meiner Meinung nach ist es ein Fehler, sich zu fest auf die Person im Vordergrund zu konzentrieren - auf einen Trump oder einen Putin oder einen Macron. Was zählt, ist das Umfeld, die grundlegenden Strukturen. Sind diese gesund, kann ein Staat funktionieren, sind sie es nicht, wird es schwierig - egal, wer an der Spitze steht.

Wenn Sie US-Präsident Donald Trump ansprechen - die Medien sind extrem Trump-fixiert. Ist das ein Missverhältnis?

Ja, ganz klar. Die Obsession mit seiner Person - eine Obsession, die er leidenschaftlich fördert - verdeckt die Tatsache, dass es riesige Bereiche des US-Staates und auch der US-Regierung gibt, die von Trump nicht tangiert werden, und die ihn auch nicht sonderlich interessieren. Die

Besessenheit mit Trumps Person war ja der Hauptfaktor seines politischen Aufstiegs. Trump ist ein Reality-TV-Star. Diese Welt kennt er sehr gut, und das ist auch der einzige Bereich, in dem er je Erfolg hatte - nicht als Unternehmer. Trump war für die Medien eine Droge, ein Ereignis, von dem sie nicht die Augen lassen konnten. Diese Gratiswerbung war entscheidend für seinen Wahlsieg. Für den Wahlkampf musste er nur einen Bruchteil dessen ausgeben, was seine Kontrahentin Hillary Clinton investiert hat.

Das läuft jetzt auch so weiter. Er ist ja nach wie vor omnipräsent.

Ja, und er bleibt programmatisch nicht fassbar. Einmal ist er für den Freihandel, am nächsten Tag dagegen, einmal ist er für China oder Katar, am nächsten Tag dagegen. Es kommt immer drauf an, wer sein letzter Flüsterer war. Die einzige Konstante ist, dass es immer um seine Person geht.

Sie sind als Berater in der ganzen Welt unterwegs und haben einen tiefen Einblick in viele globale Verwerfungen und Krisenherde. Wie viel Einfluss hat denn ein Präsident wie Donald Trump? Man hat ja das Gefühl, er agiert wie ein Elefant im Porzellanladen und könnte durch einen Fehltritt eine schlimme Kettenreaktion auslösen und den Scherbenhaufen, den wir heute sehen, noch vergrössern.

Naja, was ist ein Scherbenhaufen? Im letzten Jahrhundert hat unsere Welt ganz andere Scherbenhaufen gesehen, ich muss da etwas relativieren. Von den wirklichen Scherbenhaufen der heutigen Zeit sprechen wir gar nicht: Der Kongo mit über sieben Millionen Toten in den

«Von den wirklichen Scherbenhaufen der heutigen Zeit sprechen wir gar nicht: Der Kongo mit über sieben Millionen Toten in den letzten 15 Jahren.»

letzten 15 Jahren oder die Kriege in Syrien und Jemen, oder der Irakkrieg, der heute noch auf der ganzen Welt Nachbeben verursacht. Da spielt es doch keine Rolle, ob Trump eine Affäre oder mehrere Affären hatte oder ob er gerne Bürger im Morgenmantel vor dem Fernseher verschlingt. Solche Geschichten, gerade weil sie so unterhaltend sind, lenken von den wirklichen Herausforderungen unserer Zeit nur ab.

Aber wenn wir jetzt in den Iran blicken oder nach Israel: Wie gefährlich ist es, wenn Donald Trump da mitmisch?

Was kürzlich im Gazastreifen passiert ist, das hat nicht Donald Trump ausgelöst. Da brodelt es schon ewig, auch wenn die Verlagerung der US-Botschaft nach Jerusalem bestimmt weiteren Zündstoff geliefert hat. Der Iran-Vertrag ist sehr, sehr komplex und er hat auch problematische Aspekte, die man anerkennen sollte, auch wenn man grundsätzlich ein Befürworter dieser Vereinbarung ist. Dadurch, dass die Sanktionen weggefallen sind, konnte der Iran

beispielsweise in anderen Bereichen massiv aufrüsten. Man kann nicht immer alles nur schwarz-weiss sehen, es gibt da viele Nuancen. Aber wenn ein Donald Trump oder sein Sicherheitsberater Bolton hingehen und proklamieren, dass es ihnen nur um Regime-Wechsel im Iran geht, ist kein vernünftiger Dialog mehr möglich. Dennoch, ganz nüchtern betrachtet: Wenn heute der Friedensnobelpreis vergeben würde, dann hätte Trump ihn wohl eher verdient als Barack Obama, als er ihn erhielt. Obama hat ihn ja bekommen, bevor er überhaupt etwas geleistet hatte. Trump hat immerhin hingekriegt, dass es einen Dialog gibt mit Nordkorea. Ob dieser anhält und fruchtet ist heute nicht vorauszusehen, aber immerhin. Ich glaube, wir lassen uns ab und zu stark von dem ganzen Lärm und Rauch beeinflussen, statt von den tatsächlichen Begebenheiten. Ein anderes Beispiel: Eines der ersten Telefonate, das Trump als frischgewählter Präsident noch vor der Vereidigung geführt hat, war eine Gratulationsbotschaft an die Präsidentin von Taiwan. Trump wusste nicht, dass die USA seit 1979 eine sogenannte «One-China-Policy» hatten, also, dass Taiwan nicht als selbstständiger Staat anerkannt wird, sondern nur als Teil der Volksrepublik China. Die Comedians haben sich natürlich in den Late-Night-Shows über den Fauxpas lustig gemacht - zurecht, denn das war sehr uninformativ. Als Reaktion hat Trump getwittert, es sei doch die letzte Heuchelei, dass man nicht mit Taiwan rede, aber dennoch Waffen dorthin liefere. Und in diesem Punkt hatte er absolut recht. Es ist bedauernd, dass wir oft nicht mehr in der Lage sind, nuanciert zu denken. Man ist entweder für Trump oder gegen ihn, entweder Republikaner oder Demokrat. Die Kunst des Kompromisses geht dabei völlig verloren. Und Trump wegen seiner Uninformiertheit zu unterschätzen ist ein verheerender Fehler, der die Demokraten durchaus eine weitere Präsidentschaftswahl kosten könnte. Als Populist hat Trump einen sehr ausgeprägten Fühler für die Volksstimmung - etwas, das Hillary Clinton bei - oder gerade wegen - all ihrer Intelligenz nie hatte.

«Bei all diesen ganz tragischen Konflikten (...) ist die UNO gar nicht mehr fähig, wirksam zu agieren.»

In Ihrem Buch prangern Sie nicht nur das politische Washington an. Auch die verschiedenen multilateralen Organisationen, wie die UNO oder die Weltbank, kommen schlecht weg. Im Buch schreiben Sie sogar, sie bekämen Magengeschwüre, wenn sie sich im UNO-Gebäude aufhalten. Wieswegen?

Die UNO hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine essenzielle Funktion für die neue Weltordnung erfüllt. Auch für einen Kleinstaat wie Liechtenstein ist die UNO wichtig, damit man als Staat auf der Weltbühne anerkannt wird. Unterdessen ist die UNO aber zu einem derart grossen, büro-



kratischen Apparat angewachsen, dass sie in ihrem ursprünglichen Zweck nicht mehr handlungsfähig ist. Im Englischen sagt man: The inmates run the asylum (zu Deutsch: Die Insassen führen das Irrenhaus, Anm. d. Red.); die UNO-Mitarbeiter bestimmen ihre Konditionen selber

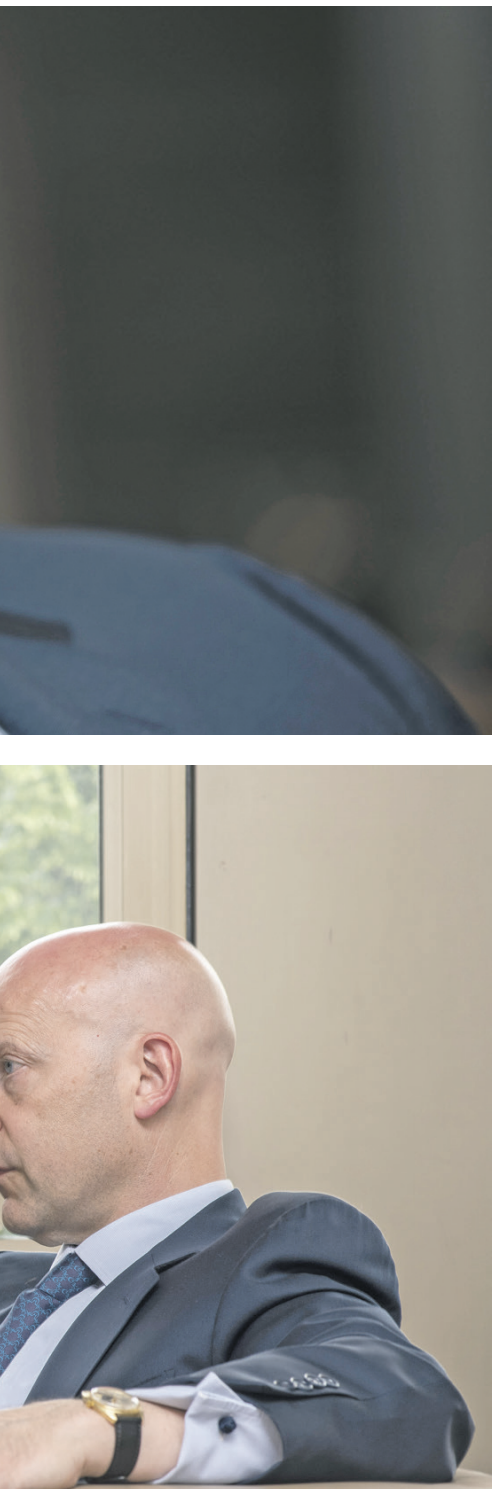
und lassen die Bürokratie und ihre Privilegien immer weiter anwachsen. Ein Beispiel? Ich war an einem Empfang mit UNO-Diplomaten. Dort hat mir der Vertreter eines europäischen Binnenlandes stolz erzählt, dass er gerade mit seiner Frau an einer UNO-Inselkonferenz in einem wunderschönen südpazifischen Paradies gewesen sei. Ich habe ihn gefragt, was denn der Botschafter eines Binnenlandes an einer Inselkonferenz wolle. Da hat er mich mit mitleidigem Blick angeschaut. Für ihn war es absurd, ein solches Privileg nicht auszunutzen. Eine UNO verfügt über ein enormes Netzwerk und ein gigantisches Budget, und wenn eine Institution, die derart Ressourcen verbraucht, kaum noch etwas bewirken kann und dabei die Privilegien ihrer Mitarbeiter verewigt und ausweitet, dann ist es angebracht, ihre Raison d'être zu hinterfragen. Der Sicherheitsrat lähmt sich über die Vetorechte der permanenten Mitglieder selber, gibt es doch kaum einen geopolitischen Konflikt, bei dem die Sicherheitsratsmitglieder USA, China und Russland dieselben Interessen haben. Bei all diesen ganz tragischen Konflikten, die allesamt lösbar wären - Syrien, Libyen, Kongo, Jemen - ist die UNO gar nicht fähig, wirksam zu agieren. Da bräuchte es doch den Mut, diese Institution in ihren axiomatischen Voraussetzungen zu hinterfragen und neu zu definieren. Ein Neu- oder Umdenken alle siebzig

Jahre, also - eher überfällig! Das Problem ist, dass diejenigen, die Reformen antossen könnten, ihre eigene Macht abgeben oder beschneiden müssten, um solche Reformen zu ermöglichen. Und da beisst sich die Katze in den Schwanz.

Sie haben Ihre Kindheit in Afrika verbracht, daher liegt Ihnen der Kontinent auch sehr am Herzen und Sie waren dort über die Jahre auch oft unterwegs. Auch dort ist die UNO vielerorts präsent, es wird enorm Entwicklungshilfe geleistet, aber dennoch kommen viele dieser Staaten nicht wirklich auf die Beine. Was läuft da falsch?

Nun, viele dieser Staatsstrukturen sollten in der heutigen Form eigentlich gar nicht existieren. Nehmen Sie den Kongo, das Land ist grösser als Westeuropa und in jeder Hinsicht ein künstliches Gefüge, das nur aus der Kolonialgeschichte heraus zu verstehen ist. Im Osten wird Suaheli gesprochen, im Westen reden sie ganz andere Sprachen. Im Falle Kongs beispielsweise, wurde in der Berliner Konferenz 1885 auf Einladung Bismarcks nicht nur das Schicksal des Kongs bestimmt, sondern die Einteilung Afrikas in Kolonien ausgelöst, teilweise mit völlig willkürlichen Grenzen, welche auch die heute noch tiefen Furchen und Feindseligkeiten zwischen Stämmen vertiefen. Es wäre wichtig, bei politischen Übergängen, also bei Neuwahlen, nicht nur den Vorgänger mit einem Nachfolger zu ersetzen - einen Kabila mit einem neuen Kabila -, sondern endlich zu fragen, wie diese Staaten organisiert sein sollen. Macht es etwa im Falle von Kongo bei einem solch grossen Staat Sinn, dass er zentralisiert ist, mit der gesamten Macht in einer kleinen Clique in Kinshasa? Wenn er dezentral regiert wird, besteht dann hingegen die Gefahr, dass er auseinanderbricht? Diese Fragen wurden in den

Daniel Levin



«Ein menschlicher Gradmesser, ob jemand an der Macht seine Position noch sinnvoll ausüben kann, ist für mich sein Sinn für Humor», sagt Daniel Levin, der in einem Buch seine Gespräche mit Mächtigen dieser Welt festgehalten hat. (Fotos: Michael Zanghellini)

Unabhängigkeitsjahren nie grundlegend gestellt, und zwar nicht nur in Afrika. Wenn wir die Konflikte im Nahen Osten betrachten, sind auch dort beispielsweise die verheerenden Folgen der geheimen Sykes-Picot-Vereinbarung zwischen Grossbritannien und Frankreich im Jahre 1916 deutlich erkennbar.

Dann nützt auch die klassische Entwicklungshilfe wenig, wenn die Strukturen nicht stimmen?

Nun, die Entwicklungshilfe hat sich diese Fragen nicht wirklich gestellt. Man hat das Erbe der Kolonialzeit akzeptiert und nicht hinterfragt, was wohl auch nicht die Aufgabe der Entwicklungshilfe war. Aber man muss auch sehen,

in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit dieser Staaten ging es um eine politische Emanzipation von den Kolonialmächten und das wirtschaftliche Überleben, und nicht um das Umdenken der Staatsorganisation. Dadurch sind Missbildungen und Abhängigkeiten entstanden. Die Staatsbudgets der meisten afrikanischen Länder sind weiterhin zu einem enormen Teil von Geberländern abhängig, und nachhaltige Steuersysteme wurden nie implementiert. Das heisst, dass die wirkliche Emanzipation vieler Länder noch gar nicht stattgefunden hat. Das ist tragisch. Es ist jetzt an der Zeit, dass man diesen Ländern hilft, sich politisch neu zu organisieren, was mit einer ehrlichen und offenen Verfassungsdebatte beginnt. Dies gehört zu den Ansätzen der Liechtenstein Foundation for State Governance.

Denken Sie, dass diese Bewegung jetzt in Gang kommt?

Ja, ich denke schon. Nehmen Sie Kenia als Beispiel, ein Land, in dem ich in den 1960er-Jahren als kleiner Junge gelebt habe. Seit der Unabhängigkeit waren die politischen Fronten entlang der Stammeszugehörigkeit definiert und verhärtet. Aber die junge Generation, Menschen zwischen 15 und 30, sehen, auch an Beispielen anderer Länder, dass es nicht so sein muss, dass es auch anders funktionieren kann. Informationen sind heute wegen der elektronischen Kommunikation viel leichter zugänglich. Gerade diese jungen Menschen haben überhaupt kein Interesse mehr an diesen Konflikten, an diesen politischen Nullsummenspielen. Die wollen eine Zukunft in einer globalisierten Welt, und sie fühlen sich nicht mehr nur einem Stamm oder einer Nation zugehörig. Diese Generation stimmt mich zuversichtlich, und auf die demografischen Trends sollten wir Acht geben - die zehn jüngsten Bevölkerungen dieser Welt sind heute alle in Afrika.

«Die Staatsbudgets der meisten afrikanischen Länder sind zu einem enormen Teil von Geberländern abhängig, nachhaltige Steuersysteme wurden nie implementiert.»

Wenn man aber die Flüchtlingsströme aus Afrika nach Europa anschaut, dann ist wohl noch viel zu tun.

Es ist für mich absurd, über Flüchtlingsströme aus Ländern wie Syrien, Afghanistan oder afrikanischen Staaten zu diskutieren, aber nicht darüber, wie man dort die Konflikte löst. Ohne die Ursachen dieser Völkerwanderungen anzupacken, ist auch keine sinnvolle innereuropäische Flüchtlingspolitik möglich.

«Es ist für mich absurd, über Flüchtlingsströme (...) zu diskutieren, aber nicht darüber, wie man die Konflikte in den jeweiligen Ländern löst.»

Das ist wie bei einem Kettenraucher, der Lungenkrebs bekommt. Es wäre doch grotesk, mit einer Therapie zu beginnen, während dieser weiter alle paar Minuten eine Zigarette anzündet.

Aber diese Konflikte sind teilweise derart komplex und verzwickelt. Mir scheint, dass die Politik schlicht keinen Plan hat, wie man diese lösen könnte.

Da wären wir ja wieder bei der UNO, die für die Lösung solcher Konflikte zuständig sein sollte. Entweder die Mitgliedstaaten geben dieser Institution die Autorität und die Mittel - finanzielle wie auch militärische - für ernsthafte Interventionen und Lösungen, oder der Daseinszweck der UNO und ähnlicher Institutionen sollte neu durchdacht werden.

Wäre denn ein Konflikt wie in Syrien lösbar?

Die Länder, die das syrische Regime unterstützen - Russland und der Iran - müssten die Gewissheit erhalten, dass ihr Mann - Assad - nicht einfach von einem anderen Mann aus einem ihnen feindlich gesinnten Lager ersetzt wird. Alle Seiten innerhalb und ausserhalb Syriens müssen eingeladen werden, zur Lösung beizutragen, und zwar nicht nur pro forma wie in den Astana-Konferenzen. In meiner Erfahrung bestand, insbesondere in den Jahren 2013 und 2014, ein wirkliches Interesse in Syrien, andere Macht- und Verfassungsstrukturen zu erwägen, einschliesslich einer modifizierten Version der Schweizer Zauberkugel mit einer rotierenden Präsidentschaft und gebündelten Ministerien, um ein Machtgefälle zwischen den einzelnen Gruppen zu vermeiden. An

sich wäre dies die Rolle der UNO gewesen, aber der Sicherheitsrat war wegen der Vetos Russlands handlungsunfähig. Dies öffnet die Tür für andere, nicht staatliche Akteure, um diskret hinter den Kulissen zu agieren und über die sogenannte Track-3-Diplomatie das gegenseitige Vertrauen der Kriegsparteien zu gewinnen und konkrete Lösungen zu erarbeiten.

Um wieder auf Ihr Buch zurückzukommen. Sie skizzieren darin ja sehr viele Gespräche mit Personen aus den Machtzirkeln. Ihre Gesprächsprotokolle zeigen, dass ein Grossteil dieser Leute nur den eigenen Vorteil im Blick hat und recht skrupellos vorgeht. Ist es nicht gefährlich, diese Staaten, die durch Konflikte bereits geschwächt sind, solchen Stiftungen und nichtstaatlichen Organisationen zu überlassen? Da versucht doch jeder, ein Stück vom Kuchen zu bekommen.

Das kann nur mit sinnvoller Entwicklungshilfe vermieden werden, egal ob durch eine UNO oder private Stiftungen. Mit sinnvoller Entwicklungshilfe meine ich, dass man versucht, dem Staat wieder Strukturen zu geben und die Grundlagen für eine gesunde Infrastruktur zu schaffen. Dabei ist es enorm wichtig, die Bevölkerung in die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes miteinzubeziehen. Dank Smartphones ist es heute sehr viel einfacher geworden, die Bevölkerung zu involvieren und sie mit Informationen zu versorgen. Ich muss nicht mehr mit Broschüren von Türe zu Türe gehen, sondern ich kann mit WhatsApp-Spielen das politische System erklären, das kostet kaum etwas, und man kann eine sehr hohe Reichweite erzielen.

Nochmals zurück zu Ihrem Buch: Sie plaudern da ja munter aus dem Nähkästchen und schildern gewisse Begebenheiten und Gespräche, die sich real zugetragen haben. Dabei kommen nicht alle Gesprächspartner gut weg. Auch wenn sie die Namen geändert haben, wird man wohl nachvollziehen können, um wen es sich handelt. Wie waren die Reaktionen?

Die waren gerade in den USA teilweise eher heftig. Gerade die Personen im Aussenministerium, die ich beschreibe, hatten wenig Freude damit. Witzigerweise haben sich die UNO-Mitarbeiter, die im Buch vorkommen, nicht erkannt. Das sagt ja auch einiges aus. Schliesslich sind die Dialoge ja wörtlich beschrieben, ich hatte die Gespräche ja aufgezeichnet oder protokolliert. Mit dem Buch wollte ich jedoch nicht moralisieren. Ich wollte nicht, dass der Eindruck entsteht, die Politiker seien alle schlecht. Denn das glaube ich nicht. Man muss aber einfach sehen, dass eine Machtkonzentration in einer Person die weniger attraktiven Charaktereigenschaften an die Oberfläche bringt. Es braucht Strukturen, um machtlimitierend und mässigend zu wirken. Wenn man diese nicht hat, ist es unvermeidbar, dass es zu Auswüchsen kommt. Das kann man ja auch in Firmen beobachten. Zu viel unkontrollierte, kritiklose Macht in gewissen Positionen ist schlicht nicht gesund.

Wodurch zeichnet sich denn ein guter Politiker aus?

Ein menschlicher Gradmesser, ob jemand an der Macht seine Position noch sinnvoll ausüben kann, ist für mich sein Sinn für Humor. Mit Humor meine ich nicht, ob jemand unterhaltsame Witze erzählen kann. Ich meine damit die Fähigkeit, über sich selber zu lächeln und nicht jedes spitze Wort gleich zu einer Generationenfehde aufzubauschen. Es gibt viele Leute in Machtpositionen, die gut im Austeilen und weniger gut im Einstecken sind. Das ist schade, denn die Akzeptanz kritischer Stimmen ist notwendig, um die Qualität der Arbeit zu verbessern. Was für den zwischenmenschlichen Bereich gilt, trifft auch in der Welt der Politik zu. Ein guter Politiker sollte nicht nur beeindrucken, sondern auch überzeugen.

«Ich wollte nicht, dass der Eindruck entsteht, Politiker seien alle schlecht. Denn das glaube ich nicht.»

Hintergrund

Zur Person von Daniel Levin

Der Rechtsanwalt Daniel Levin berät weltweit Regierungen und Entwicklungsorganisationen bei der Entwicklung ihrer Finanzen und Kapitalmärkte sowie in weiteren politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Der gebürtige Schweizer ist in Kenia aufgewachsen, hat später in Zürich studiert und lebt jetzt mit seiner Familie in New York. Sein Buch: «Alles nur ein Zirkus - Fehlritte unter Mächtigen» ist im Frühling in deutscher Sprache erschienen. Darin beschreibt er absurde Situationen, in die er als Berater immer wieder geraten ist. Seit 2009 ist Levin für die Liechtenstein Foundation for State Governance tätig.

Liechtenstein Foundation for State Governance

Die Stiftung wurde von Fürst Hans-Adam II. initiiert. Dem Fürstenhaus geht es darum, einen wesentlichen Beitrag zugunsten von stabilen und gesunden Staaten und deren Bevölkerung zu leisten. Mehr zur Stiftung lesen Sie im Staatsfeiertagsmagazin 2018, das im August erscheinen wird. Infos unter: www.lfsg.org